

Wahlanalysen 2011

Bei Nationalratswahlen weichen Wähleranteile häufig markant von den daraus resultierenden Veränderungen bei den Sitzanteilen ab.

Solche Differenzen nennt man «Proporzglück» oder «Proporzpech» – dem Glück kann indes nachgeholfen werden, wie die Analyse der Effekte von Listenverbindungen zeigt.

Auch die ungleich grossen Wahlkreise führen zu Ungleichheiten bei der Umrechnung von Stimmanteilen in Sitze.

GLP und SP haben am besten taktiert

Die Bilanz der Listenverbindungen bei den Nationalratswahlen. Von Daniel Bochsler und Claudia Alpiger

Vor den Nationalratswahlen wurde viel über mögliche Tücken und Chancen taktischer Listenverbindungen diskutiert. Am konsequentesten haben die Grünliberalen mit dem Taschenrechner operiert – mit Erfolg: Sie holten so 6 ihrer 12 Sitze.

In den Nationalratswahlen klapften die Stimmen- und Sitzverteilung jeweils auseinander. Augenfällig ist etwa der Stimmgleichstand zwischen den beiden neuen Parteien, GLP und BDP, wobei aber die BDP nur 9 Sitze erzielt hat, die GLP deren 12. Auffallend ist auch, dass die SP trotz Stimmenverlusten Sitze gewonnen hat. Teilweise ist dies eine Folge der sehr ungleich grossen Wahlkreise: In Kleinkantonen sind bis zu 50 Prozent der gültigen Stimmen für einen Sitz nötig, in Zürich hingegen nur etwa 2,5 Prozent. Oft ist dabei von Proporzglück die Rede, doch es steckt auch ein gutes Stück Strategie dahinter.

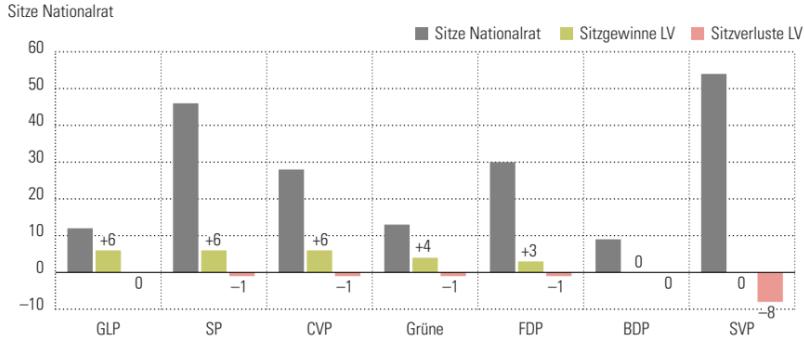
Flexible GLP

Grundlegend für den Wahlerfolg sind in den Nationalratswahlen die Listenverbindungen – für manche Parteien tragen diese wohl mehr bei als eine erfolgreiche Wahlkampagne. Die ganz grossen Taktierer waren dieses Jahr die Grünliberalen, die nicht weniger als die Hälfte ihrer zwölf Mandate dem Instrument der Listenverbindung zu verdanken haben. Geschickt hat die GLP eine Listenverbindungs-Architektur aufgebaut, mithilfe der sie flexibel mit Parteien von der SP bis zur rechtskonservativen EDU kooperieren konnte.

Am ehesten profitiert innerhalb einer Listenverbindung jeweils der Grösste unter den Kleinen von der Allianz. Die GLP profitierte denn auch in all jenen Kantonen, in denen sie losgelöst von der CVP ein Bündnis der Kleinen eingegangen ist (Aargau, Luzern, St. Gallen, Thurgau). Unsere Simulation für die zwanzig Proporzkantone, also für alle Kantone, in denen Listenverbindungen möglich sind, zeigt: Wären die Listenverbindungen um die GLP nicht zustande gekommen, hätte die GLP ihre Mandate jeweils verpasst.

Weniger Erfolg hatten die Grünliberalen in den grossen Allianzen um die Christlichdemokraten, es profitierten meistens Letztere – ausser dort, wo auch die FDP mit von der Partie waren (Genf, Neuenburg, Schaffhausen, Zug) und zweimal auch Sitzgewinne verbuchen konnten. Lediglich in Bern, wo die

Sitzgewinne und -verluste durch Listenverbindungen



Lesbeispiel: GLP, SP und CVP haben dank Listenverbindungen jeweils sechs Nationalratssitze gewonnen. Gleichzeitig haben SP und CVP aber je ein Mandat wegen der Listenverbindungen anderer Parteien verloren. Weil sich Sitzverschiebungen in verschiedenen zugrunde liegenden Szenarien überlappen, lassen sich Gewinne und Verluste nur beschränkt vergleichen (siehe Text).

QUELLE: ZDA/NCCR

NZZ-INFOGRAFIK/cke

GLP weitaus mehr Stimmen als die CVP geholt hat, konnte sie einen Sitzgewinn aus der Listenverbindung mit der CVP und der EVP für sich verbuchen. In Graubünden schliesslich ging die GLP eine Allianz mit der SP ein und gewann dadurch ihren Sitz.

Am konsequentesten sind jedoch seit den neunziger Jahren die Allianzen im rot-grünen Lager, also zwischen der SP, der GPS und gelegentlich der EVP, der CSP oder kleineren, linken Splitterparteien.

Rot-grüne Bündnisse

Sowohl für die SP als auch für die Grünen waren diese Listenverbindungen entscheidend, wobei die SP mit 6 von insgesamt 11 Sitzgewinnen dieser Listenverbindung etwas häufiger profitieren konnte. Eine Ausnahme stellt hier der Kanton Neuenburg dar, wo die Grünen ausgerechnet ihrem Listenpartner SP einen Sitz wegschnappten, dank traditioneller Unterlistenverbindung mit PdA und Solidarités.

Bemerkenswert sind aber auch das Tessin und der Aargau, wo sich SP und GPS erstmals nicht auf Allianzen einigen konnten. Dies bescherte der Lega im Tessin ihren zweiten Sitz, der seinerseits aus deren Listenverbindung mit der SVP hervorging. Im Kanton Aargau hingegen war die fehlende linke Listenverbindung folgenlos. Die Grünen waren dort mit Grünliberalen und der EVP verbündet, aber der Sitzgewinn der GLP wäre auch ohne Grüne zustande gekommen. Ebenso wenig hätte es im Falle einer SP-GPS-Listenverbindung für einen zusätzlichen Sitz gereicht.

Auf das Podest schaffte es bei diesen Wahlen auch die CVP. Die Ausgangslage war optimal, da sich für sie mit der

BDP und der GLP ein neues Bündnispotenzial eröffnete. Aus dreizehn Kantonen mit solchen Allianzen ging sechsmal die CVP als Siegerin hervor, da sie meist die grösste Bündnispartnerin war.

FDP-Debakel blieb aus

Obschon die FDP nur sieben überparteiliche Listenverbindungen eingegangen ist, bescherten diese der Partei nicht weniger als drei Sitzgewinne. Dies reichte, um Verluste wegen fehlender Listenverbindungen andernorts zu kompensieren. Der FDP blieb also das vorhergesagte Listenverbindungs-Debakel erspart.

Eine umfassende Bündnispolitik hätte jedoch grosses Potenzial gehabt, wie unsere Simulation zeigt: In einem Szenario haben wir berechnet, wie sich umfassende Mitte-Rechts-Listenverbindungen ausgewirkt hätten (jeweils mit FDP, CVP und dem Einbezug der wechselnden Bündnispartner der CVP) – unter Annahme, dass dies die Stimmzahl nicht beeinflusst hätte. Für die FDP würden sich solche Listenverbindungen mit den gemässigten bürgerlichen Parteien (CVP, BDP, GLP) besonders auszahlen, weil sie oft der stärkste Partner im Verbund wäre. In Graubünden etwa hätte bei einem solchen Szenario sogar die GLP einen Sitz an die FDP abgeben müssen.

Ein zweites Szenario betrachtet konsequente Verbindungen der FDP mit der SVP und deren Partner. Dies würde der FDP nichts einbringen, der SVP dagegen fünf Sitzgewinne – im Kanton Schwyz gar auf Kosten der FDP.

Insgesamt gehen die Sitzgewinne aus Listenverbindungen also oft auf Kosten grosser, nicht verbundener Parteien. Es traf somit mehrheitlich die SVP. Dies kann aber regional variieren. Im Wallis

beispielsweise hat die CVP, die dort die grösste Partei ist, verloren. Gewarnt sei davor, die Verluste aus verschiedenen Szenarien aufzusummieren. Das Proporzglück hängt gelegentlich von ganz wenigen Stimmen ab; Nationalratssitze können bei jeder kleineren Veränderung der Konstellationen weiterwandern. Dies illustriert etwa der siebte Sitz im Kanton Baselland, der als Restmandat an die CVP ging. Sobald wir ohne deren Listenverbindung zu rechnen beginnen, wird es komplex: Zunächst fiel der Sitz dank rot-grüner Listenverbindung der SP zu. Fiele aber auch diese Listenverbindung weg, dann wäre die SVP die Glückliche.

Andererseits hat die SVP aber etwa im Kanton Schwyz den Sitz im doppelten Sinne nur knapp verpasst: Wären entweder die Listenverbindungen von FDP und BDP oder die rot-grüne Allianz nicht zustande gekommen, wäre jeweils ein Sitz der SVP zugefallen. In keinem Szenario führt dies aber zu einem Verlust von zwei Sitzen bei der SVP. Wer also ein Gesamtbild der Effekte von Listenverbindungen sucht, orientiert sich am besten am Szenario, bei dem wir mit dem Wegfall aller Listenverbindungen gerechnet haben.

Allianzen als Korrektiv

Es wundert nicht, dass nun aus den Reihen der SVP die Forderung nach Abschaffung von Listenverbindungen kommt (NZZ 8. 11. 11). Diese sind aber weniger intransparent als ihr Ruf. Abgesehen von der Aargauer Bündnisstrategie der Grünen und der Thurgauer Listenverbindung der Kleinparteien GLP, EVP, BDP und EDU folgten 2011 die Listenverbindungen weitgehend einer politischen Logik. Die Grünliberalen können als Scharnier zwischen ökologischen und wirtschaftsliberalen Kräften auf flexible Bündnisse setzen. Die Listenverbindungen dienen als Korrektiv für die Grundregeln des Nationalratsproporz, bei dem die Mandate in mehrheitlich sehr kleinen Wahlkreisen vergeben werden – und dies nach einer Formel, die die Grossen bevorzugt.

Zwar haben in den letzten Jahren eine Reihe von Kantonen bei kantonalen Wahlen die Listenverbindungen abgeschafft, meistens (Aargau, Basel-Stadt, Schaffhausen und Zürich) aber in Verbindung mit neuen Wahlsystemen, welche Nachteile für die Kleinen beseitigen – und damit auch den wichtigsten Grund für Listenverbindungen.

Daniel Bochsler ist Professor am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA). Claudia Alpiger ist Mitarbeiterin.

WÄHLER- UND SITZANTEILE

Die Grünen haben bei den Wahlen vom 23. Oktober 1,2 Prozentpunkte an Wähleranteil verloren. Das kostete sie ganze 5 Nationalratsmandate. Die SP konnte gleichzeitig trotz einem Minus von 0,8 Punkten im Wähleranteil um 3 Sitze zulegen. Der Vergleich von Wählerprozent und Sitzanteilen zeigt folgendes Bild (NZZ 26. 10. 11): Die SP kommt mit einem Wähleranteil von 18,7 Prozent auf einen Sitzanteil von 23 Prozent, und die CVP erreicht mit 12,3 Prozent Wähleranteil einen Sitzanteil von 14 Prozent. «Proporzglück» verbuchen als Dritte die Grünliberalen, die mit 5,4 Prozent Wähleranteil 6 Prozent der Sitze erhalten. Bei der SVP und der FDP decken sich die Prozentwerte von Wähler- und Sitzanteilen ungefähr. Proporzpech hatten die BDP (5,4 Prozent Wähler-, 4,5 Prozent Sitzanteil), die Grünen (8,4 Prozent Wähler-, 7,5 Prozent Sitzanteil) und die kleine EVP (2 Prozent Wähler-, 1 Prozent Sitzanteil).

Typen von Listenverbindungen bei den Nationalratswahlen 2011 und hypothetische Effekte anderer Szenarien

Typ der Listenverbindung	Vorhandensein (Kantone)	Anzahl Sitzgewinne aus Listenverbindung (und Kantone) auf Kosten von
CVP mit GLP, BDP, FDP, EVP und/oder EDU	AG, BE, BL, BS, FR, GE, NE, SG, SH, SO, VD, ZG, ZH	CVP 6 (BL, BS, FR, SO, VD, ZH) FDP 2 (NE, ZG) GLP 1 (BE)	SVP 4 (BE, FR, VD, ZH) SP 2 (BL, NE) GPS 2 (BS, ZG) FDP 1 (SO)
GLP mit EVP, BDP und/oder EDU	AG (inkl. GPS), LU, SG, TG	GLP 4 (AG, LU, SG, TG)	SVP 2 (LU, SG) CVP 1 (AG) / FDP 1 (TG)
FDP mit BDP	SO, SZ	FDP 1 (SZ)	SVP 1 (SZ)
FDP mit SVP	VD	-	-
SP mit GPS, PdA, CSP, EVP, Linksaussen (GR mit GLP, TI ohne GPS)	alle Kantone ausser AG	SP 6 (FR, GE, SO, SZ, VD, VS) GPS 4 (BE, LU, NE, SG) GLP 1 (GR)	SVP 7 (BE, FR, GR, LU, SG, SZ, VD) FDP 2 (GE, SO) CVP 1 (VS) / SP 1 (NE)
Szenario: FDP schliesst sich mit CVP zusammen (+ CVP-LV-Partner)	Simulation für alle Kantone	FDP 4 (BE, BS, GR, SO) CVP 1 (VS)	CVP 2 (BS, SO) GPS 1 (BE) / GLP 1 (GR) SP 1 (VS)
Szenario: FDP schliesst sich mit SVP zusammen (+ SVP-Partner wie Lega, EDU)	Simulation für alle Kantone	SVP 5 (BE, GR, SG, SZ, VS)	GPS 1 (BE) / GLP 1 (GR) / CVP 1 (SG) FDP 1 (SZ) / SP 1 (VS)
Gesamtbilanz der Listenverbindungen 2011		GLP 4 (BE, GR, LU, SG) CVP 3 (BL, BS, SO) SP 3 (FR, VD, VS) FDP 1 (SZ) GPS 1 (NE)	SVP 8 (BE, BL, FR, GR, LU, SG, SZ, VD) GPS 1 (BS) / SP 1 (NE) FDP 1 (SO) / CVP 1 (VS)

Lesbeispiel (1. Zeile): Listenverbindungen zwischen CVP und Mitte-Rechts-Parteien bestehen in 13 Kantonen, u. a. im Kanton Bern. Im Kanton Bern ging die GLP als Gewinnerin aus dieser Listenverbindung hervor, und zwar verlor dadurch die SVP einen Sitz an die GLP. Die zwei ersten Szenarien betreffen imaginäre Listenverbindungen der FDP mit möglichen Partnern; das letzte Szenario reflektiert Sitzgewinne und -verluste, die im Falle eines gänzlichen Wegfalls aller Listenverbindungen entstehen würden.

Die Zeit ist reif

Alternatives Wahlsystem prüfen

Das heutige System für die Verteilung von Nationalratssitzen ist umstritten. Die unterschiedlich grossen Wahlkreise wie auch die mehr oder weniger genutzten Möglichkeiten taktischer Listenverbindungen können zu erheblichen Verzerrungen des Wählerwillens führen. Den einzelnen Stimmbürgern kommt ein ungleiches Gewicht zu, benachteiligt sind zudem kleine Parteien in kleinen Wahlkreisen. Die Wählerschaft hat hier de facto nur eine sehr beschränkte politische Auswahl.

Das Problem liesse sich durch eine Änderung des Wahlsystems entschärfen. Die Kantone Zürich, Aargau und Schaffhausen waren die ersten, die solche Ungleichheiten durch den Übergang zum Wahlsystem «Doppelter Pukelsheim» (auch «doppelt proportionale Divisormethode mit Standardrundung» genannt) bereinigt haben. Angewendet auf eidgenössischer Ebene, würden Nationalratssitze in einem ersten Schritt gemäss der nationalen Wählerstärke auf die Parteien verteilt, erst dann würden die den Parteien national zugewiesenen Sitze auf die Listen der einzelnen Kantone verteilt. Listenverbindungen würden in diesem System wegfallen, allenfalls müsste über ein Quorum diskutiert werden.

Treibend für die Wahlsystemänderungen auf kantonaler Ebene war das Bundesgericht, das hier und dort Ungeheimheiten beanstandet hatte. Auf nationaler Ebene indes haben Bundesrat und Parlament bisher den Systemwechsel abgelehnt. Im Vordergrund standen drei Einwände: Erstens fördere die Pukelsheim-Methode eine unguete Zersplitterung des Parteiensystems. Zweitens seien Kantone, anders als die vom Bundesgericht beanstandeten Wahlkreise, nicht willkürlich geformt. Vielmehr seien sie historisch gewachsene, kulturelle, sprachliche, ethnische oder religiös begründete Einheiten mit einem gewissen Zusammengehörigkeitsgefühl. Drittens wird auch mit der föderalistischen Parteienlandschaft gegen den Systemwechsel argumentiert – die Kantonalparteien seien unterschiedlich geprägt, dem müsse auch das Wahlsystem gerecht werden.

Diese Argumente sind allesamt durchaus bedenkenwert, provozieren aber Gegenfragen: Vermag erstens der geltende Wahlmodus ein Zersplittern des Parteiensystems tatsächlich nachhaltig zu verhindern? Ist zweitens dem Föderalismus mit der gleichberechtigten Ständekammer nicht Genüge getan? Oder anders gefragt: Ist es nicht gerade die Grundidee des Proporz, dass Macht nicht auf wenige Gewinner beschränkt, sondern entsprechend effektiver Parteistärken breit gestreut wird? Und haben, drittens, die föderalistisch gewachsenen Schweizer Parteien ihr lokales Kolorit nicht längst selber abgestreift? Äussern sie nicht selber zunehmend den Wunsch, sich national einheitlich zu positionieren und entsprechend zu präsentieren?

Der Bundesrat hat 2008 in einer abweisenden Stellungnahme zur Pukelsheim-Variante festgehalten: «Wenn sich das System allenthalben bewährt, kann eine Einführung auf Bundesebene geprüft werden.» Die Zeit für eine sorgfältige Prüfung ist reif.

DOSSIER «BUNDESRATSWAHLEN 2011»

Am 14. Dezember wählt das neue Parlament den Bundesrat. Der Machtpoker um die Zusammensetzung der Regierung ist entbrannt.

www.nzz.ch/dossiers